Die Bänke der Parlamentarier waren größtenteils leer, als der Bundestag kürzlich zum ersten Mal seit Jahrzehnten eine Debatte über den ersten Völkermord der deutschen Geschichte, dem an den Herero und Nama im heutigen Namibia führte. Dass die von der Linksfraktion geforderten Verhandlungen über Wiedergutmachung auf wenig Zustimmung stießen, überraschte weniger als die Tatsache, dass weder Süddeutsche, FAZ, FR oder taz über die Debatte berichteten. Dabei gehörte dieses Thema doch auch zur Aufarbeitung unserer Kolonialgeschichte und zur Afrika-Politik, wie sie von unserer Kanzlerin auf dem G-8 Treffen so in den Vordergrund gerückt worden ist. Rolf-Henning Hintze hat uns dazu einen Beitrag zur Verfügung gestellt.

Wiedergutmachung — nein danke
Der Völkermord an den Herero und Nama bleibt wahrscheinlich ungesühnt / Bundestagsparteien signalisieren überwiegend Ablehnung

Von Rolf-Henning Hintze

Eine Zeit lang schien es, als wollten sich die Deutschen ihrer kolonialen Vergangenheit in Afrika stellen. Im August 2004 — zum 100.

Jahrestag der Schlacht am Waterberg, die mit einer Niederlage der Herero gegen die deutsche Schutztruppe endete — beschäftigten sich die Medien ausführlich mit den Verbrechen dieses Kolonialkriegs. Höhepunkt war die überraschende Rede von Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, in der sie als erstes Regierungsmitglied einräumte, die deutschen Truppen unter General Lothar von Trotha hätten seinerzeit einen Völkermord verübt. Die Ministerin ging am Waterberg sogar noch einen Schritt weiter: Sie bat vor mehreren Tausend Zuhörern die Nachkommen der Opfer um Verzeihung.

Bei den Herero weckte das neue Hoffnung, nun könne es endlich doch zu einem neuen Anfang im schwer gestörten Verhältnis zu den Deutschen kommen. Aber die Hoffnung trog: Der überfällige Dialog ist heute immer noch nicht in Sicht.

Zum Aufstand gegen die Kolonialmacht war es gekommen, weil deutsche Siedler den Herero, einem Volk nomadisierender Rinderzüchter, immer größere Teile ihres Weidelandes abnahmen. Als die Kolonialverwaltung schließlich plante, die Herero in »Reservate« umzusiedeln, sahen sie sich in ihrer Existenz gefährdet. Im Januar 1904 erklärte Häuptling Samuel Maharero den überraschten Deutschen den Krieg.

Kaiser Wilhelm II. entsandte als neuen Oberbefehlshaber General von Trotha, dem es dank

verstärkter Truppen gelang, die Herero am Waterberg einzukesseln. An einer einzigen Stelle konnten die waffenmäßig hoffnungslos unterlegenen Herero die deutschen Linien in Richtung der Halbwüste Omaheke durchbrechen. Als sie versuchten, ins benachbarte Betschuanaland zu fliehen, ließ von Trotha seine Soldaten die wenigen Wasserstellen der Omaheke besetzen — Zehntausende Menschen verdursteten.

Dokumentiert ist der Wortlaut des Schießbefehls, den von Trotha Wochen nach der Waterberg-Schlacht erließ: »Das Volk der Herero muß das Land verlassen. Wenn das Volk dies nicht tut, werde ich es mit dem groot Rohr (Geschütz — d. Red.) dazu zwingen. Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero, mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen. Ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volke zurück oder lasse auf sie schießen.« Im Gegensatz dazu hatte Samuel Maharero befohlen, Frauen, Kinder, Missionare und Engländer zu schonen.

Von Trotha war der Überzeugung, “dass die Nation (der Herero) als solche vernichtet werden muss”. Das verletzte allerdings auch damals schon geltendes Völkerrecht. Selbst Reichskanzler v. Bülow befürchtete, das könnte »dem deutschen Ansehen unter den zivilisierten Nationen Abbruch tun«, und erzwang die Rücknahme des Befehls. Von nun an wurden gefangene Herero in Lager gesperrt, die bereits damals Konzentrationslager genannt wurden — die ersten der deutschen Geschichte. Ingesamt starben fast vier Fünftel der Herero. Denjenigen, die überlebt hatten wurde jegliche Haltung von Rindern verboten — wohlgemerkt: einem Volk von Rinderzüchtern. Außerdem nahm ihnen die Kolonialverwaltung ihr gesamtes Land und verkaufte es zu Schleuderpreisen an deutsche Siedler.

Dass nach Wieczorek-Zeuls Entschuldigung die Versöhnung nicht vorankam, hat verschiedene Gründe. Unmittelbar nach der Rede hatte sie den traditionellen Führer der Herero, Häuptling Kuaima Riruako, zu bewegen versucht, seine in den USA anhängige Schadensersatzklage gegen den deutschen Staat und mehrere deutsche Firmen zurückzuziehen. Riruako bestand aber darauf, dass es zuvor einen Dialog und konkrete Vereinbarungen geben müsse. Die Ministerin vertrat hingegen die seltsame Ansicht, Versöhnung werde durch Forderungen nach Wiedergutmachung nur gestört.

Im Mai 2006, fast zwei Jahre nach der Rede am Waterberg, löste diese Politik erstmals öffentliche Kritik in Deutschland aus: Die Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA) und die Koordination Südliches Afrika (KOSA) erklärten, die in Namibia lebenden Nachfahren der Herero hätten »ein Recht auf materielle Entschädigung«, es sei aber keine adäquate Regelung in Sicht. Gemeint war eine einseitige Initiative der Ministerin, die Entwicklungsprojekte für die Herero, Nama und Damara im Wert von 20 Millionen Euro für

zehn Jahre vorsah. »Will sich die deutsche Regierung ihrer historischen Verantwortung ernsthaft stellen, gebietet es der Respekt gegenüber den Opfern, dass deren Nachfahren ihre Vorstellungen einbringen können«, erklärten die beiden NGOs.
Zudem warfen sie der Bundesregierung vor, den "fatalen Eindruck" zu erwecken, es gebe für sie "zwei Kategorien von Völkermord: einen mit Anspruch auf Wiedergutmachung und einen ohne", abhängig offenbar von der Hautfarbe. Eine Meinung, die in Namibia häufig zu hören ist.

Die deutsche Namibia-Politik geht noch auf die Kohl-Regierung zurück.

Damals wurde festgelegt, dass Namibia wegen der "besonderen Beziehungen", wie es vage hieß, eine höhere Pro-Kopf-Entwicklungshilfe als andere Staaten in Afrika erhält. Wann immer die Forderung nach Entschädigung für den Völkermord auftauchte, konnte sie auf die höhere Entwicklungshilfe verweisen. Dass die Herero und Nama davon bestenfalls Krümel abbekamen, steht auf einem anderen Blatt. Die SWAPO-Regierung lenkte die Hilfe größtenteils ins frühere Ovamboland, wo sie ihre Stammwählerschaft hat.

Die Herero gaben aber nicht auf. Im Herbst 2006 erreichte Häuptling Riruako mit einem Antrag eine intensive Debatte des namibischen Parlament über den Völkermord und Wiedergutmachung. Neu und überraschend war dabei die Unterstützung der SWAPO für den Antrag. Der Generalsekretär der SWAPO, Ngarikutuke Tjiriange, sprach vom "barbarischsten Abschnitt der namibischen Geschichte" und unterstützte Riruako. Nachdem auch Premierminister Nahas Angula Zustimmung signalisierte, ging der Antrag einstimmig durch. Zu erklären ist die neue Haltung der SWAPO aus der großen Unterstützung, die Riruako mit der Wiedergutmachungsforderung nicht nur bei seinem eigenen Volk erfährt.

Vor kurzem beschäftigte sich zum ersten Mal seit Jahrzehnten nun auch der Bundestag mit dem ungesühnten Völkermord beschäftigen. Die Linksfraktion brachte einen Antrag ein, der die Regierung Merkel auffordert, »in einen offenen Dialog ohne Vorbedingungen über Versöhnung und Wiedergutmachung« mit Windhoek einzutreten. Der Antrag geht auf den Duisburger Abgeordneten Hüseyin Aydin zurück, der im vergangenen August als erster deutscher Parlamentarier auf dem jährlichen Herero-Tag in Okahandja, der Stadt der Häuptlingsgräber, eine Rede hielt.

Als der Tagesordnungspunkt am Abend des 13. Juni aufgerufen wurde, saß auf der Zuschauertribüne ein Besucher aus Namibia: Häuptling Riruako, begleitet von seiner Frau in malerischer traditioneller Herero-Kleidung.

Vor fast exakt 17 Jahren hatte Riruako im "Spiegel" und in der "Frankfurter Rundschau"

zum ersten Mal Wiedergutmachung für den Völkermord gefordert.

(Anmerkung: Wer sich über die z.T. skurrilen Argumente der meisten Parteien gegen eine Wiedergutmachung informieren will, kann das Protokoll der Debatte unter www.bundestag.de nachlesen.)